Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 232 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 4,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. Sprechzeit von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 16. Mai

Anzeigenpreis: Steig. Inseraten je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die deutsche Ostmark an Wilson

Der deutsche Osten rührt sich

Ein flammender Protest an Wilson

Königsberg, 15. Mai.

Der ostpreußische Provinzialrat hat folgende Kundgebung an den Präsidenten Wilson durch das Auswärtige Amt weitergehen lassen:

„An den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Herrn Woodrow Wilson, Paris.

Der ostpreußische Provinzialrat, hinter dem die Massen der ostpreußischen Bevölkerung der Provinz Ostpreußen stehen, und unter dessen Mitgliedern sich auch ein ehemaliger alter Bürger der Vereinigten Staaten von Nordamerika befindet, protestiert energisch gegen die Vergewaltigung des deutschen Ostens und des deutschen Vaterlandes durch die Ententemächte und gegen die Raub- und Habgier der Polen. Wir werden unseren letzten Blutstropfen gegen solche Vergewaltigung einsetzen und unsere heutige Regierung in ihren Schritten gegen einen solchen Gewaltfrieden in jeder Weise unterstützen. Wir können kaum glauben, daß Sie, Herr Präsident, als Verfasser der 14 Punkte, die uns allen einen annehmbaren Frieden geben könnten, Ihre Zustimmung zu einem solchen Frieden der Knechtung und Vergewaltigung eines Volkes gegeben haben, das vor dem Kriege in aller Freundschaft mit Ihnen lebte, Sie, Herr Präsident, haben seinerzeit die Erklärung im Kongreß in Washington abgegeben, daß die Vereinigten Staaten den Krieg nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die frühere Regierung führten. Allein auf diese Erklärung gestützt, ist das arbeitende Volk für die sofortige Beendigung des fürchterlichen Weltkrieges eingetreten. Wir bitten Sie im Namen mehrerer Millionen von hinter uns stehenden hungernden arbeitenden Menschen, mit unserer dortigen Friedenskommission in mündliche Verhandlungen einzutreten, um einen Frieden der Verständigung und Versöhnung, der allein einen Zukunftskrieg aus dem Wege räumen kann, auf Grund Ihrer 14 Punkte herbeizuführen.

Der ostpreußische Provinzialrat der Arbeiterräte.
Peinach. Hadomski."

Ein Parlament des deutschen Ostens

Danzig, 15. Mai.

Der deutsche Volksrat für Ostpreußen läßt eine Mitteilung ergehen, wonach die von ihm auf den 14. Mai nach Danzig einberufene Versammlung der deutschen Volksräte des Ostens und Vertreter der Parteien, Behörden und des Militärs beschlossen hat, daß der Wille zum Widerstand gegen eine gewaltsame Aufdrängung der unannehmbaren Friedensvorschläge bei allen Teilen der Provinz vorhanden sei. Es sei beschlossen worden, eine Art Parlament des deutschen Ostens einzusetzen, das die Maßnahmen der nächsten Zeit zu beschließen haben soll.

Hierzu wird von zuständiger Seite bemerkt: Daß die Volksvertreter und Vertrauensmänner der Bevölkerung im Osten sich zusammenschließen, um in wirksamen Beratungen zu der ihnen drohenden Gefahr Stellung zu nehmen, ist sehr verständlich und zweckmäßig. Nur durch eine geschlossene und einheitliche Haltung können in der furchtbar erregten Bevölkerung unbesonnene und darum schädliche Gewaltsamkeiten vermieden werden. Das Parlament aber, das allein die Aufgabe hat, den deutschen Osten vor Verletzungen zu schützen, ist und muß die Nationalversammlung bleiben, die sich in ihrer letzten Tagung dieser Pflicht durchaus gewachsen gezeigt hat.

Aufmarsch gegen Deutschland?

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 15. Mai.

Wie die „Politisch Parlamentarischen Nachrichten" von zuständiger Stelle erfahren, werden seit einigen Tagen von Frankreich nach dem besetzten Deutschland fortgesetzt Züge mit Truppen befördert. Auf dem Bahnhof des Hennegau wurden nicht weniger als 12 Stunden lang 10 Züge mit schwerer Artillerie herangeführt. Belgien hat 5 Jahresklassen wieder einberufen. 800 000 Wagen mit Munition, die in Belgien lagen, dürfen noch immer nicht frei gemacht werden, da die Bereitleitung der Entente die Fortschaffung untersagt. Da die englische Presse über diese Dinge offen spricht, ist die Absicht von Gewaltmaßregeln gegen Deutschland unverkennbar.

Neue Kundgebungen in Berlin

Ebert zu den Pressevertretern.

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 15. Mai.

Heute nachmittag um 5 Uhr fand auf dem Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude eine große Massenkundgebung aller bürgerlichen Parteien gegen den uns von der Entente aufgezwungenen Gewaltfrieden statt. Unter den Rednern befanden sich auch der Abgeordnete Friedrich Naumann und der Bürgermeister von Spremberg, Dominikus. Die Rede Naumanns wurde von lebhaftem Beifall belohnt. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Versammlung auf, die Hände zu erheben, wenn sie mit seinen Ausführungen einverstanden seien und folgendem Gelöbnis zuzustimmen:

„In unseren Erwartungen auf einen Rechtsfrieden schwer enttäuscht, schwören wir unseren Brüdern im Osten, im Westen und im Saargebiet, die zwangsweise der Fremdherrschaft zugeführt werden sollen, daß wir uns in ihrem Kampfe um Recht und Freiheit mit ihnen eins fühlen. Nie darf Wirklichkeit werden, was sich unsere Gegner unter Vertragsbruch ausersehen haben. Wir fordern für unsere Landsleute das zugesicherte Recht der Selbstbestimmung. Ich fordere in Deutschlands Schicksalsstunde mit Gut und Blut dafür einzustehen, daß das, was deutsch ist, deutsch bleibt."

Darauf spielten die Militärkapellen „Deutschland, Deutschland über alles" und die Glocken läuteten. Nach Schluß der Kundgebung, etwa gegen 6 Uhr, zog ein großer Teil der Teilnehmer mit schwarz-weiß-roten Fahnen und Plakaten, auf denen man die Worte las: „Nieder mit dem Gewaltfrieden", „Recht für Oberschlesien" usw. vor das Reichskanzlerpalais, wo man nach Ebert und Scheidemann verlangte.

Die Pressevertreter begaben sich sodann nach dem Reichsamt des Innern, wo sie Ebert empfing. Er ergriff das Wort und führte u. a. aus: Allen Bürgern der bedrohten Ost- und Westmark unseres Landes wird es ein Trost sein, daß dieses einige Deutschland sich in Geschlossenheit hinter sie stellt.

Im Anschluß an die gewaltige Kundgebung auf dem Königsplatz zog eine große Menschenmenge vor die Reichskanzlei. Eine aus Vertretern der bedrohten Gebiete bestehende Abordnung bemühte sich zum Ministerpräsidenten und sprach durch ihre Führer der Reichsregierung das Vertrauen und Treue aus, was auch kommen mag. Ministerpräsident Scheidemann erklärte in seiner Antwort u. a.: Die Reichsregierung hat sich in den letzten acht Tagen in ununterbrochenen Beratungen mit den Gegenvorschlägen beschäftigt, die unsere Antwort an die Entente sein sollen. Sie stellen sich auf den Boden der Wilsonschen Grundsätze, also auf den Rechtsboden. Er hat die Anwesenden, weiter aufklärend und anfeuernd zu wirken, dann wird und muß sich unser Recht durchsetzen.

Dem Kaiser ein Heim!

Ein deutschnationaler Antrag

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Hamburg, 15. Mai.

Die Deutschnationale Volkspartei fordert in einer von mehreren tausend Unterschriften versehenen Eingabe an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar, daß dem deutschen Kaiser ein regierungsseitlich gesichertes Heim in Deutschland zur Verfügung gestellt wird. Dem Reichspräsidenten wurde in einer Drahtnachricht von dieser Forderung Kenntnis gegeben.

Der Widerhall in Amerika

Haag, 15. Mai.

Die Friedensbedingungen rufen in Amerika mehr Aufsehen hervor, als man anfangs erwartet hatte, berichtet die englische Presse vom 12. d. M. Die Haltung der englischen und französischen Arbeiterpartei erregt allgemeine Beachtung. Die amerikanische Beurteilung der Friedensbedingungen wird in der englischen Presse nach ihrer politischen Richtung verschieden bewertet. Selbst „Times" gibt zu, daß in Amerika eine gewisse Mißstimmung gegen Wilson wegen des geplanten Dreibundes besteht, durch den die Vereinigten Staaten für den Schutz Frankreichs verpflichtet werden.

Der Finanzausschuß tagt

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 15. Mai.

Der Finanzausschuß der Nationalversammlung wird am Sonnabend, den 17. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Reichsfinanzministerium zu Berlin wieder zusammentreten.

*

Heute vormittag tagte eine Kabinettssitzung, in der neben einigen laufenden Angelegenheiten insbesondere die territorialen Fragen des Friedensvertrages durchgesprochen wurden. Dabei wurde auch mit Befriedigung festgestellt, daß die gewaltigen spontanen Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden der Entente nicht in eine schmähende Kritik der Politik des Präsidenten Wilson ausgeartet sind.

Man will uns einschüchtern

Paris, 14. Mai.

Reuter erfährt: Der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen gibt bekannt, daß Maßregeln getroffen wurden, um die Blockade Deutschlands sofort aufzuheben, sobald Deutschland den Friedensvertrag formell angenommen habe.

Keine Kabinettskrisis

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

Ich habe schon in meinem letzten Bericht darauf hingewiesen, daß die Gerüchte von einer Kabinettskrisis, die mit einem angeblichen Einspruch der deutschen demokratischen Partei und des Zentrums gegen die „zu flaue Haltung des Reichskabinetts in Sachen der Vorfriedensverhandlungen" begründet werden, den Tatsachen nicht entsprechen. Das Kabinett ist vielmehr in dieser Frage vollkommen einig, und zwar einig darin, daß die uns zugemuteten Friedensbedingungen unannehmbar sind, wie das ja auch in den Erklärungen des Reichsministerpräsidenten Scheidemann zu deutlichem Ausdruck gekommen ist. Die drei Koalitionsparteien stimmen in dieser Auffassung durchaus überein. Nun ist in dem führenden Zentrumsorgan, der „Germania", ein mit r gezeichneter Artikel veröffentlicht worden, der einige Aufsetzungen an der Haltung der Regierung macht, so unter anderem bemerkt, daß Herr Scheidemann sich zu einseitig an die internationale Arbeiterschaft gewendet, dagegen nicht auf die Friedensbemühungen des Papstes hingewiesen habe. Die zum Ausdruck gebrachte Vermutung, daß dieser Artikel auf den Minister Erzberger zurückzuführen sei, entspricht, wie Ihr Mitarbeiter zu erklären autorisiert ist, nicht den Tatsachen.

Ebenso besteht zwischen dem Reichskabinett und der vom Grafen Brockdorff-Rantzau geführten Delegation in Versailles volles Einvernehmen über die Auffassung der Friedensfrage, und die Gerüchte von angeblichen Unstimmigkeiten sind hinfällig. Um allen solchen Ausstreuungen den Boden zu entziehen, hat der Außenminister, als er der Delegation seine drei neuen Noten zur Kenntnis gab, ausdrücklich erklärt, daß der Friedensvertrag in der gegenwärtigen Form für Deutschland unannehmbar sei, und daß der Ministerpräsident Scheidemann seiner Uebereinstimmung mit der bisherigen Haltung der Delegation Ausdruck gegeben habe.

Die Gerüchte über die angebliche Kabinettskrise sind übrigens anscheinend in letzter Linie auf Machenschaften von Seiten der Unabhängigen zurückzuführen, die sich offenbar mit dem Gedanken getragen haben, daß sie, wenn die Regierung aus Anlaß der durch die Friedensbedingungen der Alliierten hervorgerufenen Verwickelungen stürzen würde, die Erbschaft antreten könnten. Zwar hat der Führer der Unabhängigen, Herr Haase, erklärt, daß die Unabhängigen es ablehnen müssen, die Regierung zu übernehmen und den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Herren verfolgen hierbei aber offenbar die Taktik des Fuchses bei den sauren Trauben, die ihm zu hoch hingen. In Wahrheit trugen sie sich durchaus mit der Hoffnung, jetzt ans Ruder zu kommen. Ja, sie hatten bereits die Portefeuilles zu verteilen begonnen, so unter anderem an die Herren Haase und Breitscheid. Auch waren sie zweifellos bereit, den Gewalt- und Vernichtungsfrieden zu unterschreiben, mit der vagen Vertröstung, daß das internationale Proletariat ihn schon wieder aufheben werde. Unterdessen haben daher die Unabhängigen aus den flammenden Kundgebungen aller Volkskreise gegen den uns zugemuteten Schmachfrieden ersehen, daß das deutsche Volk für eine solche Selbstmordtaktik, die uns auf der einen Seite zu Sklaven der Entente und auf der anderen zu Opfern des Bolschewismus machen würde, nicht zu haben ist. So sehen sie nicht nur ihre Regierungsstelle fortschwimmen, sondern auch sich veranlaßt, jene Kundgebungen gegen den Gewaltfrieden, wenn auch in entsprechend abgedämpfter Form, mitzumachen.

*

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift „Kein Umfall, keine Krise" unter andern: Seit einigen Tagen erscheinen hier und da Veröffentlichungen, die in der Friedensfrage einen Umfall der Regierung vorgeben und auch allerhand Kombinationen über Gegensätze innerhalb des Kabinetts daranfügen. Daß diese Gerüchte haltlos sind, sollte eigentlich jedem von vornherein klar sein, der die bisherige Entwicklung der Friedensverhandlungen im Auge behält. Worauf die der Versailler Delegation vom gesamten Berliner Kabinett gegebenen Richtlinien hinzielen, dafür hat der Reichsministerpräsident Scheidemann in seiner Rede in der Nationalversammlung vor dem deutschen Volke und der Welt ein unzweideutiges Bekenntnis abgelegt. Bedingungen, wie sie der Entwurf von Versailles enthält, sind für Deutschland unannehmbar. Aufgabe der Regierung und der Parteien ist es, zusammenzustehen in dem Bemühen, Aenderungen herbeizuführen, die es gestatten würden, der Welt endlich den so dringend notwendigen Frieden zu geben. Die Grundlagen für die Verhandlungen sind und bleiben die Punkte des Präsidenten Wilson. Welchen Erfolg sie haben werden, ist noch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905161-10/fragment/page=0001

nicht abzusehen. Das eine ist jedoch sicher, daß in der deutschen Oeffentlichkeit alles vermieden werden sollte, was die Geschlossenheit der Regierung und des Volkes als irgendwie beeinträchtigt auch nur scheinen lassen könnte."

* * *

Das Flugblatt der Handelskammer

Die Handelskammer in Halle teilt uns in einem Schreiben mit, daß das von uns besprochene Flugblatt nicht von ihr verfaßt und herausgegeben sei, sondern von der „Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung" in Berlin W. 35 stamme. Die Handelskammer habe das Flugblatt jedoch zusammen mit den von ihr herausgegebenen „amtlichen „Mitteilungen" verbreitet. Uns will bedünken, daß das im politischen Effekt auf dasselbe hinausläuft: die Handelskammer hat ihre amtlichen Einrichtungen und Gelder für ein Mittel der Volksverhetzung zur Verfügung gestellt. Wenn erklärt wird, der Vorstand der Kammer habe von der Versendung des Flugblattes keine Kenntnis gehabt, so würde durch eine solche Erklärung lediglich die Direktionslosigkeit in der Handelskammer gekennzeichnet werden — wenn die Versendung des Flugblattes verurteilt worden wäre. Tatsächlich aber wird darüber nicht eine Silbe gesagt, und auch der irrevelhafte Inhalt des Flugblattes wird mit keinem Worte mißbilligt. Man muß danach annehmen, daß die Handelskammer in Halle sich grundsätzlich auf den Boden dieses Flugblattes stellt und auch dessen Versendung, die Volksverhetzung in häßlichster Form bedeutet, gutheißt. — Die Stelle in Berlin W. 35, welche das Flugblatt verfaßt hat und es herausgibt, sollte sich aber richtiger „Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche — Unbildung" nennen.

Feindliche Truppen für Schleswig

Paris, 15. Mai.

Der Rat der Minister des Auswärtigen verhandelte heute über die Aufrechterhaltung der Ordnung in Schleswig während der Volksabstimmungen. Mehrere Sachverständige haben einen Plan zur Entsendung einer gemischten französisch-britisch-amerikanischen Truppe und einiger Kriegsschiffe nach Flensburg unterbreitet. Es wurde auch vorgeschlagen, drei bis vier Bataillone Infanterie im Lande zu halten. Holland wurde eingeladen, einen Delegierten zu entsenden.

Der Abfall Süddeutschlands

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 15. Mai.

In französischen militärischen Kreisen rechnet man bestimmt mit einem Abfall der süddeutschen Staaten vom Deutschen Reich. Man spricht bereits von Wiedererrichtung des Rheinbundes und der ihm zu gebenden Verfassung.

Clemenceaus Antwort

Die Ablehnung der Arbeiterrechtsnote

Berlin, 13. Mai.

Der deutschen Delegation in Versailles ist am 14. Mai nachstehende Antwortnote übergeben worden:

Versailles, 14. Mai 1919.

Herr Präsident!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom 10. Mai zu bestätigen, der sich auf die internationale Arbeitergesetzgebung bezieht, sowie Ihres Entwurfes eines Abkommens für internationales Arbeiterrecht. Die Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen lautet wie folgt:

1. Sie nehmen Kenntnis von der Erklärung der deutschen Delegierten, daß der innere Frieden und der Fortschritt der Menschheit von der Lösung der Arbeiterfragen abhängt, und Sie sind überzeugt, daß in Zukunft solche Lösungen leichter erreicht werden, wenn das Gemüt der Menschen von dem Druck der Angst vor dem Kriege, wenn die Industrie von der Last der Rüstungen befreit sein wird, die der deutsche Militarismus ihr auferlegte. Teil 13 des Entwurfes der Friedensbedingungen sieht die Mittel vor, durch die diese Lösungen erreicht werden können, und der zweite Abschnitt des gleichen Teiles setzt die Grundsätze aneinander, die fortschreitend die internationale Arbeiterorganisation und den Völkerbund leiten werden. Artikel 427 legt klar Zeugnis darüber ab, daß die Aufzählung der vorgeschlagenen Grundsätze nicht abgeschlossen ist. Der Zweck der geschaffenen Organisation ist die ständige Entwicklung der internationalen Arbeiterordnung.

2. Das Arbeiterabkommen ist in den Friedensvertrag aufgenommen. Deutschland wird also aufgefordert werden, es zu unterzeichnen. In Zukunft wird ihrem Lande das Recht, an der internationalen Arbeiterorganisation teilzunehmen, sicher zustehen, sobald es gemäß Artikel 1 des Vertrages in den Völkerbund aufgenommen sein wird.

3. Es ist nicht für nötig erachtet worden, eine Arbeiterkonferenz nach Versailles einzuberufen. Die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz in Bern, die in Ihrem Entwurf eines Abkommens über internationales Arbeiterrecht enthalten sind, und auf die sich der Paragraph 1 Ihres Briefes vom 10. d. M. bezieht, sind bereits mit der sorgfältigsten Aufmerksamkeit geprüft worden. Vertreter der Gewerkschaften sind an der Ausgabeteilung der Artikel der Friedensbedingungen beteiligt, die auf die Arbeiter Bezug haben. Wie aus dem Anfang zum zweiten Abschnitt des Teiles 13, Seite 209, hervorgeht, umfaßt das Programm der ersten Sitzung der internationalen Arbeiterkonferenz, die nächsten Oktober in Washington tagen soll, die wichtigsten Fragen, die auf der Gewerkschaftskonferenz in Bern verhandelt wurden. Die Gewerkschaften werden aufgefordert werden, an der Konferenz in Washington teilzunehmen, und sie wird nach bestimmten Gesetzen abgehalten werden, die die Fortsetzung Ihrer Beschlüsse voraussehen, jedoch unter Voraussichtung der Zustimmung der zuständigen Behörden der vertretenen Länder.

4. Der Entwurf des Abkommens über das internationale Arbeiterrecht, den die deutsche Regierung vorbereitet hat, weist eine Lücke auf. Er enthält keine Bestimmung, die die Vertretung der Arbeiter auf der internationalen Konferenz vorsieht, die er in seinem Artikel 7 vorschlägt. Er steht auch in folgenden Punkten den Bestimmungen des Teiles 13 der Friedensbedingungen nach: a) Fünf Jahre werden als größter Zeitraum zwischen je zwei Sitzungen festgesetzt (Art. 7). Die Friedensbedingungen schlagen ein Jahr vor (Art. 389). b) Jedes Land verfügt über eine Stimme (Art. 7). Die Friedensbedingungen sprechen jedem Delegierten eine Stimme zu, gleichviel ob er eine Regierung, die Arbeitgeber oder die Lohnarbeiter vertritt (Art. 390). c) Die Beschlüsse sind nur dann bindend, wenn sie von einer Majorität angenommen sind, die vier Fünftel der an der Abstimmung teilnehmenden Länder umfaßt (Art. 7). In den Friedensbedingungen ist nur eine Majorität von zwei Dritteln der bei der endgültigen Abstimmung abgegebenen Stimmen zur Annahme eines Vorschlages oder eines Entwurfes durch die Konferenz nötig (Art. 405).

Die alliierten und assoziierten Regierungen sind daher der Meinung, daß ihre Entscheidungen der Sorge Rechnung tragen, die die deutsche Delegation hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit äußert, und daß diese Entscheidungen die Gewähr sind für die Verwirklichung von Reformen, auf die die Arbeiterklasse mehr denn je ein Recht hat nach der harten Prüfung, die der Welt während der letzten fünf Jahre auferlegt worden ist."

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. (gez.) G. Clemenceau.

Neue französische Grausamkeiten

Heidelberg, 15. Mai.

Am Mittwoch früh sind in den Orten Saarlouis, Dillingen und Umgebung zwanzig Deutsche von den französischen Behörden ohne Angabe des Grundes verhaftet und nach etwa 30 Minuten ohne jede Rücksichtnahme nach dem Gefangenenlager in Worms abgeführt worden. Dort wurden sie zwei Tage festgehalten und aufs rücksichtsloseste behandelt. Gestern, Mittwoch, früh über den Rhein abgeschoben, befinden sich die Ausgewiesenen nunmehr in Heidelberg.

Die Pfalz bleibt treu

Bamberg, 15. Mai.

Aus Kreisen der pfälzischen Abgeordneten erfahren wir, daß diese treu zum Reiche stehen und alle Abtrennungsbestrebungen ablehnen.

Italien verlangt Kolonien

Versailles, 15. Mai.

Italien verlangt nunmehr auf Grund des Vertrages von 1915 angesichts der Vergrößerung des französischen und englischen Kolonialreiches in Afrika die ihm zustehende Schadloshaltung an den Grenzen seiner Kolonien. Ein Ausschuß, in dem Lord Milner England, Simon Frankreich und Martino Italien vertritt, soll diese Frage erörtern. Man soll Italien zwei von den Vorsprüngen an der tunesisch-tripolitanischen Grenze, einen Teil von Englisch-Somaliland und ein Gebiet nördlich von Dschibuti abtreten wollen.

Das „für" und „wider"

Reichsminister Preuß zum Frieden.

Berlin, 15. Mai.

Reichsminister Preuß hat gestern noch einmal betont, daß die Reichsregierung den Friedensvertrag in der vorliegenden Form unter keinen Umständen unterzeichnen werde. Preuß rechnet im Falle des Scheiterns der Friedensverhandlungen mit der verschärften Hungerblockade und damit auch mit dem Wiedereinsetzen größerer Unruhen. Wird aber der Vertrag in der vorliegenden Fassung unterzeichnet, so, erklärte Preuß, würde ein noch viel größeres Chaos entstehen, da Millionen Deutscher brotlos würden. Die Wirkung im Falle der Unterzeichnung der Bedingungen würde also nicht anders sein, wie im Falle der Nichtunterzeichnung. Die Unterzeichnung biete aber den großen Nachteil, daß durch sie dem Deutschen Reiche die Hände gegenüber der Entente gebunden würden. Die Hoffnungen der Entente auf die Unabhängigen seien Seifenblasen. Kämen die Unabhängigen ans Ruder, so komme damit auch das Chaos des Bolschewismus nach Deutschland. Damit sei der Entente auch nicht gedient, denn einmal würden die Unruhen vor ihren Grenzen nicht Halt machen, sodann würde sie von einem chaotischen Deutschland irgendwelche Kriegsentschädigungen nicht zu erwarten haben. Im wohlverstandenen Interesse der Entente liege es daher auch, daß die jetzige Regierung am Ruder bleibe. Diese werde aber nur dann die Geschäfte weiterführen, wenn die Entente zum Wilsonschen Programm zurückkehre und den Friedensvertrag so gestalte, daß er den deutschen Lebensinteressen gerecht werde.

Anhaltender Protest

In Berlin

Berlin, 15. Mai.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland erläßt eine Kundgebung, in der er gegen die unerhörte Grausamkeit und Brutalität der von den Feinden Deutschlands angebotenen Friedensbedingungen Einspruch erhebt. Namens der gewaltigen Scharen der dem Volksbund angeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten, die am schwersten von einem solchen Frieden geschlagen würden, ruft der Volksbund der Reichsregierung zu, fest zu bleiben und diesen Frieden als eine Verletzung aller Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu verwerfen.

In Hamburg

Hamburg, 15. Mai.

Nach den gestrigen Demonstrationen zog eine Menschenmenge zum Hotel „Atlantic", wo die amerikanische Kommission ihre Quartiere hat. Redner der Deutschen Volkspartei und der Demokraten erhoben nochmals Protest gegen den beabsichtigten Mord an dem deutschen Volke. Die Dolmetscher der Gesandtschaft übernahmen die Uebermittelung der Forderungen an die Amerikaner. Abends 7 Uhr zerstreute sich die Menge.

Rumänien will streiken

Bern, 15. Mai.

Wie schweizerische Blätter aus rumänischer Quelle erfahren, droht die rumänische Delegation in Paris, infolge des Beschlusses des Zehnerrates, den Banat zwischen Serbien und Rumänien zu teilen, die Konferenz zu verlassen.

Die Politik des Verrats

Zugeständnisse der französischen Presse.

(Von unserem eigens zur Friedenskonferenz entsandten zv.-Sonderberichterstatter.)

Versailles, 15. Mai.

„Journal", dessen Mitarbeiter für äußere Politik, Saint-Brice, gute Beziehungen zum Quai d'Orsay unterhält, und offen dessen Sprachrohr ist, macht heute ein Eingeständnis, das weiteste Verbreitung verdient. Dann es kennzeichnet die Politik des Verrates, die bei der Aufstellung der Friedensbedingungen ausschlaggebend war. Saint-Brice sagt: Amerika und England erlangen den vollständigen Ausschluß Deutschlands aus der Weltpolitik, die Kontinentalmächte dagegen sehen dasselbe Deutschland ausschließlich auf Europa beschränkt. Zu harter Arbeit verurteilt, ohne indes als kompakte Masse seine Kraft verloren zu haben, unter einem Joch seufzend und zur Revanche bereit, —, kann man deutlicher zum Ausdruck bringen, daß Wilsons Programm beiseite geschoben, und daß Englands Wunsch, Deutschland als Wettbewerber vom Weltmarkt auszuschließen, erreicht werden soll. Daß Frankreich derartigen Bestrebungen Unterstützung verleiht, ist angesichts des Geständnisses des „Journal" als selbstmörderisch zu bezeichnen, beweist aber hinlänglich, daß Clemenceaus und Tardieus Rachepolitik zu einem schlechten Ende führen muß. Schärfer konnte kein Deutscher die wirtschaftlichen und finanziellen Friedensbedingungen verurteilen. Das Zugeständnis sollte dem deutschen Volke neuen Antrieb zum schärfsten Protest geben und die deutsche Delegation in ihrem Standpunkt, daß der vorgelegte Vertrag ohne Abänderung unannehmbar ist, bestärken. Ob Frankreich allerdings außerdem Mäßigung besitzt, die das Unheil, das Europa bedroht, noch in letzter Stunde verhindern können, ist mehr als fraglich, nachdem feststeht, daß die französische Sozialdemokratie jeden Einfluß und jede Kraft zur Handlung verloren hat.

Der Ueberreichung des Friedensentwurfs an Oesterreich werden beiwohnen Vertreter von Serbien, Montenegro, Frankreich, England, Japan, Belgien, Italien, Rumänien, Amerika und der Republik San Marino. Die Ueberreichung des Entwurfs dürfte kaum vor Mitte nächster Woche erfolgen.

Herr Dornblüth auf dem Kriegspfadel

Der demokratische Parteisekretär J. Dornblüth beschäftigt sich in einem Artikel der „Saale-Zeitung" mit unserer Kritik über die Kundgebung der Nationalversammlung. Herr Dornblüth gibt sich sehr erregt, daß wir bei jener Gelegenheit auch auf die Ursachen der deutschen Niederlage hingewiesen und dabei der Rolle gedacht haben, welche seine Partei während des Krieges, etwa seit dem Jahre 1916, gespielt hat. Da ihm entgangen zu sein scheint, zu welchem Zweck wir das getan haben, weisen wir ihn auf unsern vorstehenden Artikel „Demokratie und Kriegslist" hin, der in der heutigen Abendausgabe der „H. Ztg." erscheinen wird, und aus dem er alles Erforderliche wird ersehen können. Herr Dornblüth führt in seiner Polemik eine außerordentlich gereizte Sprache — man kann das verstehen. Seine Partei und er selbst haben sich während des Krieges als schlechte Politiker erwiesen, alle ihre politischen Berechnungen und Voraussagen sind wie ein Kartenhaus zusammengestürzt, und da kann es schon peinlich wirken, wenn nach diesem politischen Scherbenhaufen auch nur hingesehen wird. Da aber in diesen Scherben auch die Erfahrungen liegen, aus denen man für die Folgezeit lernen kann, ist eine Betrachtung dieses Haufens dringend geboten. Wir werden das in dem heute abend erscheinenden Artikel tun, auf den wir verweisen. Herr Dornblüth hätte klüger getan, sich über eine solche Betrachtung nicht aufzuregen, wenigstens nicht öffentlich, denn daraus spricht ein gar zu schlechtes eigenes Gewissen, auf das er nun auch noch die Oeffentlichkeit aufmerksam gemacht hat. Darüber können auch die aus grenzenloser Enttäuschung geborenen leidenschaftlichen Worte über Vaterlandsliebe und Sorge um die deutsche Zukunft nicht hinwegtäuschen. Es wäre klüger, und vor allem politisch zweckmäßiger gewesen, wenn Herr Dornblüth die Fehler seiner Partei schonungslos bloß gelegt hätte, um daraus die Nutzanwendungen für die Friedensverhandlungen zu ziehen. Wer das tut, stört nicht nur nicht die Einigkeit des Volkes, sondern er verstärkt im Gegenteil diese Geschlossenheit, die durch Erkenntnis der Ursachen der deutschen Niederlage nur gewinnen kann — immer vorausgesetzt natürlich, daß die demokratische Partei es mit der Rettung Deutschlands aus dieser Not wirklich ehrlich meint, woran wir unsererseits keinen Augenblick zweifeln. Wenn so jede Partei den ernsten, aufrichtigen Entschluß gefaßt hat, Deutschland zu retten, wird auch jede Partei das Ergebnis ihrer bisherigen politischen Ziele prüfen, und alle werden aus ihren Irrtümern lernen. Diese allseitige Selbstprüfung aber muß zu der festesten inneren Geschlossenheit führen und zu der Anwendung des Wortes: Das Vaterland über die Partei! Wenn jedoch eine Partei aus ihren politischen Irrtümern nicht lernen will, diese vielmehr noch selbstgerecht und eigensinnig verteidigt, dann handelt sie nicht nach dem Satz: Das Vaterland über die Partei! Herr Dornblüth hätte seinen Artikel nicht schreiben sollen, denn er bringt seine Partei damit in einen Verdacht, an den zu glauben, wir uns, so lange es geht, entschieden weigern! Auch seine Partei hat sich in der Nationalversammlung mit erfreulicher Deutlichkeit gegen die feindlichen Friedensforderungen ausgesprochen, nur sollte sie sich aus ihrer eigenen Vergangenheit aber auch die feindlichen Kampfmethoden auf geistigem Gebiet klar vergegenwärtigen, damit sie fest bleibt in ihrem Entschluß und sich durch eine zweite Kriegslist der Entente nicht mehr übertölpeln läßt.

Herr Dornblüth nimmt auch unsern Hinweis übel, daß sich kein demokratischer Redner der Nationalversammlung gegen die Auslieferung des Kaisers ausgesprochen hat. Wir führten aus, daß mit der Aburteilung des Kaisers das gesamte deutsche Volk auf der Anklagebank der Welt stünde und damit dauernder Verachtung preisgegeben sein würde. Wer sich hiergegen nicht wendet, trägt mit dazu bei, daß der deutsche Name vor der Welt verächtlich gemacht wird. Herr Dornblüth scheint den früheren deutschen Kaiser nicht mehr für einen deutschen Volksgenossen zu halten — ausgerechnet Herr J. Dornblüth! Es dürfte nicht schwer sein, aus früheren Kaiser-Geburtstags-Artikeln der „Saale-Zeitung" den Nachweis zu führen, daß die Mitglieder der demokratischen Partei früher ebenso überzeugte Anhänger der Monarchie waren, wie sie jetzt begeisterte Republikaner sind!

Herr Dornblüth scheint überhaupt in seinem Bemühen, in anderer Leute Augen Splitter zu entdecken, vergessen zu haben, daß er in seinem eigenen Gesicht einen ganzen Balken trägt.

h. b.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905161-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 16 Mai.

Versammlung der aktiven Unteroffiziere

— Ortsgruppe Bund Deutscher aktiver Unteroffiziere — hielt am Mittwoch abend in den „Weißbierhallen" eine entsprechende Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Kameraden Zille, begrüßte die Versammlung und geißelte mit scharfen Worten die schändlichen Friedensbedingungen unserer Feinde. Zum Protest erhoben sich alle Kameraden von ihren Plätzen. Für die Kriegsgefangenen war in der letzten Versammlung eine Sammlung veranstaltet worden; der Ertrag ist an einen Titel abgeführt worden. Für den ausscheidenden Kassenverwalter, Kamerad König wurde Kamerad Krebs, 3. Wacht-Regt., gewählt. Sodann erstattete Kamerad Friedrichsdorf, F.-A.R. 75, einen Bericht über die Delegierten-Versammlung der gesamten Ortsgruppen im Bereich des 4. A.-K. am 16. April in Magdeburg. Es waren dort durch alle Ortsgruppen vollzählig vertretene Versammlungen vorher gegangen. Zunächst den Dank des Polizeipräsidenten von Magdeburg für das tatkräftige Eingreifen der aktiven Unteroffiziere bei den letzten Unruhen in Magdeburg entgegen. Kamerad Seidenschnur schilderte die Befreiung des Ministers Landsberg in Helmstedt aus den Händen der Spartakisten durch ihn und einige Kameraden. Eine lange Debatte ergab die Frauenfrage. Die Bewegung wurde ein Gegenstand des Kriegsministerium gehört. Die Kameraden konnten mit Kriegsministerium vernehmen, daß ihre Sache durch diesen Vertrauensmann in guten Händen liegt und weiterhin im unmittelbaren Verkehr mit den maßgebenden Stellen gefördert werden wird. Die Regierung ist gewillt, die Wünsche der Unteroffiziere im möglichsten Maße zu berücksichtigen.

Eine längere Debatte ergab die Frauenfrage. Die Frauen sollen teilnehmen an dem Existenzkampf der Unteroffiziere. Ihre Gleichberechtigung ist für ein wichtiger Faktor gehalten und erhöht die Stimmkraft der Organisation. Leider haben viele Kameraden von dieser Ueberzeugung nicht genügend Erfahrungen.

Insbesondere will der Bund auch Frauen geschiedener Kameraden aufnehmen zwecks Wahrnehmung ihrer Interessen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Einige interessante Ausführungen machte Kamerad Schulz — Schreiber, 8. J.-Div. — über Verwendung der aktiven Unteroffiziere bei den Rumpfverbänden oder der Reichswehr. Er gab er Verfügungen des Kriegsministeriums und der Heeresleitung bekannt. Eine von Kam. Bug. F.-A.-Rgt. 75, verfaßte Denkschrift über die Tätigkeit der aktiven Unteroffiziere während der Sturmtage in Halle fand ungeteilten Beifall. Auf Grund von Beweismaterial wurde darin fest, welch hervorragenden Anteil die aktiven Unteroffiziere — insbesondere die des F.-A.-Rgts. 75 — für Aufrechterhaltung der Ordnung in Halle durch Besetzung des Art., Proviantamts, Wasserwerks Beesen, Flugplatzes usw. Die Denkschrift ist für den Bund zur weiteren Vorlage beim Kriegsministerium bestimmt.

Zum Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende alle Kameraden nochmals eingehend zu festem Zusammenschluß. Nur geschlossenes Handeln und Einigkeit führen zum Ziel. Eine außerordentliche Versammlung findet am nächsten Mittwoch, den 7 Uhr, in den „Weißbierhallen" statt.

— Für die versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten, die in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 zur Entlassung gekommen sind, hat die Reichsregierung unterm 3. Mai 1921 (Nr. 2772/4. 19 B 3 verfügt, den versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten, die in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 entlassen wurden, einen Entlassungszuschuß zu gewähren. In Frage kommen jedoch nur die versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten mit niedrigem Einkommen. Niedriges Einkommen in diesem Sinne soll gelten, wenn der Versorgungsberechtigte in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern weniger als 3000 Mk., in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern weniger als 4000 Mk. und in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern weniger als 5000 Mk. jährliches Einkommen besitzt. 2. Der Anspruch auf den Entlassungszuschuß ist schriftlich oder mündlich bei dem zuständigen Versorgungsamte geltend zu machen unter Vorlage des Militärpasses, des Rentenbuches und des Steuerbriefs. Bei Versorgungsberechtigten, die nicht steuerpflichtig sind, ist an Stelle des Steuerzettels eine einfache Bescheinigung der zuständigen Gemeindebehörde (Polizei, Gemeindevorstand usw.) über die Höhe des Einkommens. Um den in Frage kommenden Versorgungsberechtigten Kriegsbeschädigten unnötige Wege zu ersparen, wird zur allgemeinen Kenntnis gegeben, daß die Entlassungsanträge beim Generalkommando IV. A. K. angefordert worden sind. Sobald dieselben eintreffen, wird die Ausgabe durch öffentliche Bekanntmachung in sämtlichen hiesigen Zeitungen bekanntgemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß die in Frage kommenden auch eine Geldentschädigung an Stelle des Anzuges oder einzelner Stücke empfangen können. Diese Entschädigung wäre bei der Kassenverwaltung des Bezirkskommandos, Zimmer 31, vorläufig zwischen 9 und 12 Uhr an folgenden Tagen zu empfangen: Am Montag für den Buchstaben A bis F, am Dienstag für den Buchstaben G bis L, am Donnerstag für den Buchstaben M bis P, am Freitag für den Buchstaben R bis Z, Mittwochs und Sonnabends geschlossen. Beim Empfang der Sachen bzw. des Geldes sind die in Ziffer 1 erforderlichen Papiere vorzuzeigen.

— Für den Ortsausschuß der neudeutschen Jugend veranstaltete Architekt Kurt Rauchbach am vergangenen Sonnabend die dritte Wanderung zur Betrachtung und Verschönerung unserer Baudenkmäler. Der Stadtgottesacker war diesmal das Ziel. Auf Anregung des Erzbischofs Albrecht vom Rate der Stadt im Jahre 1529 beschlossen, wurde dieser in seiner Anlage in Deutschland einzigartige Bau im Jahre 1558 unter der Leitung des Baumeisters Nickel Hoffmann begonnen. 1594 war das Gewölbe geschlossen und zeigt, vor allem in der Ornamentierung der Bogenzwickel, im Rahmen eines Bauwerkes die Entwicklung des Baustiles von der noch zaghaften Renaissance bis zum freien, reichen Barock. Erst durch die sachliche Führung wurde den Hörern die Schönheit des Geschauten klar und sie dankten dem Führer für sein Mühen.

Provinz Sachsen

Ein Riesen-Passagier-Luftschiff

R. Dessau, 15. Mai.

Wie uns unser R.-Mitarbeiter brahtet, läßt die Luftfahrtgesellschaft Bitterfeld einen während des Krieges erbauten, aber nicht in Aktion getretenen Motorballon durch einen entsprechenden Umbau zu einem Riesen-Passagier-Luftschiff für 75 Fahrtteilnehmer einrichten. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß im Laufe dieses Monats die ersten Fahrten stattfinden können. Die Montage des Luftschiffes findet in Dresden statt, da nach dem großen Brande im November 1915 in Bitterfeld keine genügend große Halle mehr vorhanden ist.

*

n. Köthen, 15. Mai. (Der Kreistag) beschloß auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Abgeordneten für Kreistagssitzungen 5 Mark, für sonstige Sitzungen 3 Mark und daneben den entgangenen Arbeitsverdienst zu gewähren. Gewünscht wurde vom Kreistage eine Aenderung des Kartoffelkommissionärwesens des Kreises. An Stelle des bisherigen einen wurden vier Kommissionäre gewünscht, um eine geordnete Regelung der Erfassung und Verteilung zu erreichen. Die Gründung einer gemeinnützigen Bau- und Siedlungsgesellschaft wurde beschlossen, obwohl jetzt, die zumeist in Frage kommenden Gemeinden ablehnend geäußert haben.

— Eisleben, 15. Mai. (Eierzwangswirtschaft.) Magistrat und Stadtverordnetenversammlung haben folgende Resolution gefaßt: „Die Aufhebung der Eierzwangswirtschaftung hat bewiesen, daß die Zwangswirtschaft noch nicht abgebaut werden darf. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eisleben fordern übereinstimmend und dringend, die Zwangswirtschaftung der Eier sofort wieder einzuführen und von weiteren Versuchen, die Zwangswirtschaft der wichtigen Lebensmittel abzubauen, solange Abstand zu nehmen, als nicht eine wesentliche Besserung der Erzährung eingetreten ist. Beide Körperschaften fordern weiter, daß vor Aufhebung der Zwangswirtschaftung eines der jetzt rationierten Lebensmittel die Ernährungsausschüsse der Städte gehört werden." Die Resolution wurde an das Reichsernährungsamt und an die preußische Landesversammlung gesandt.

„H.F." Sportberichte

Vorschau auf Berlin-Hoppegarten-Grunewald

Sonnabend, den 17. Mai, nachmittags 2½ Uhr.

Das infolge der Landestrauer auf heute verlegte klassische Henckel-Rennen dürfte sich in erster Linie zwischen dem Gradiger Gibraltar und Herrn R. Haniels Eckstein abspielen. Letzterer hat in seinem letzten Galopp so befriedigt, daß auf ihn die Wahl fiel, die Walburger Farben in dieser ersten großen Vorprüfung für das Derby an den Start zu tragen. Der Hengst hat sich über Winter zu einem sonoren Dreijährigen entwickelt, der sicher das Zeug in sich hat, an die Erfolge von Terminus und Landgraf anzuknüpfen. Nur Gutes hört man auch von dem Gradiger, der bereits tüchtig gearbeitet hat und für Geßbein kein zu verachtender Gegner sein wird. Der Stall Oppenheim will sich auf Berliner stützen und Marmolata erst im siebenten Rennen laufen lassen. Letzterer wurde vor vierzehn Tagen nur knapp von Glockenturm geschlagen, wobei er Mindgänger hinter sich ließ, der auch hier läuft. Ist Berliner besser als Marmolata, so muß er einen gefährlichen Gegner für die vorgenannten Pferde abgeben. Von Merlin sah man neulich nicht viel und die übrigen Pferde haben wohl kaum mehr als Platzaussichten. Von den übrigen Rennen beanspruht noch das Fogardo-Rennen größeres Interesse. Harlekin siegte im Hoppegartener Ausgleich zweifellos leichter, als es der Richterspruch besagte, so daß wir hier an einen neuen Sieg des Schwarzen glauben, der noch nie so gut als jetzt auf dem Posten war. Seine Hauptgegner sehen wir in dem stark verbesserten Korbert, der dieses Mal vor Dersenier sein sollte. Gut laufen sollte auch Humbug. Das Oberhof-Rennen prechen wir Turmuhr vor Hanswurst zu, während der Jedfoot-Ausgleich Albani als beste Klasse im Felde zufallen sollte. Nachstehend unsere

Voraussagen:

1. Rennen: Indling—Proserpina.
2. „ Turmuhr—Hanswurst.
3. „ Mormone—Nubian Lavalier.
4. „ Eckstein—Gibraltar.
5. „ Naiewdis—Albani.
6. „ Dertlefin—Korbert.
7. „ Marmolata—Wackerbart.
8. „ Titus—Sunrise.

Nächster Galopprenntag: Sonntag, den 18. Mai: Berlin-Karlshorst und Dresden.

— Die Jugendabteilung des H. F. C. „Favorit" ist am Dienstag zusammengetreten und hat bereits mit den Uebungen begonnen. Zahlreiche Neumeldungen sind eingelaufen und werden weitere Anmeldungen an R. Volkmer, Goethestraße 15, entgegengenommen. Die Grenze für Jugendliche ist vom Verbandstag des V. M. V. V. auf 12—17 Jahre festgesetzt worden und sind dieselben bei Neumeldungen zu berücksichtigen. Wir verweisen nochmals auf die Uebungsabende für Leichtathletik Dienstag ab 6 Uhr und für Fußball Donnerstag ab 6 Uhr hin. Am kommenden Sonntag, früh 8 Uhr, findet auf dem Favoritplatze, äußere Delitzscher Straße 16, ein Auswahlspiel zweier Jugendmannschaften statt.

— Sportvereinsplatz (früher Hohenzollern). Kommenden Sonntag beginnen die Ausscheidungsspiele um die Mitteldeutsche Meisterschaft. In Halle treffen sich auf obigem Platze der Meister der Altmark, Viktoria 1 Stendal, und der Saalegaumeister, 06 1 Halle.

— Die Universitäts-Tennisplätze auf der Ziegelwiese sind vom 19. Mai ab auch nach ihrer jetzigen Wiedereröffnung Nichtuniversitätsangehörigen, soweit die Plätze nicht von der Universität in Anspruch genommen sind, zugänglich. Die Berechtigung wird auf Befürwortung eines Universitätsmitgliedes durch Lösen einer Vollkarte (gültig bis 15. Oktober) oder einer halben Karte (gültig von Anfang August bis 15. Oktober) erworben. Bestimmte Stunden können jedoch erst vom 1. Juni ab belegt werden. Auch für den bis 15. August geöffneten Turnplatz kann von Nicht-Universitätsangehörigen des Benutzungsrecht nach vorheriger Verständigung mit dem Universitäts-Turnlehrer durch Lösen einer Semester- oder Monatskarte erlangt werden. Sämtliche Karten werden im Universitäts-Verwaltungsgebäude, Zimmer 75, ausgegeben, wo auch weiteres zu erfahren ist.

Kunst u. Wissenschaft

— Generalmusikdirektor Prof. D. Dr. Philipp Wolfrum, der hochverdiente Heidelberger Kirchenmusiker und Musikhistoriker, ist in Samaden im Engadin, wo er seit zwei Jahren seinen Ruhewohnsitz hatte, einem langwierigen Nervenleiden erlegen. Mit ihm ist einer der ausgezeichnetsten in der stattlichen Zahl bedeutender deutscher Chor- und Orchesterleiter und zugleich ein vortrefflicher Musiktheoretiker und Kenner der Musikgeschichte von uns gegangen. Im Jahre 1854 als Sohn eines Kantors und Organisten zu Schwarzenbach in Oberfranken geboren studierte er in München unter Rheinberger und Wüllner. Nach sechsjähriger Tätigkeit als Seminarmusiklehrer in Bamberg, übernahm er 1884 den Posten eines Universitätsmusikdirektors und Organisten in Heidelberg, wo er einen Bachverein und einen Akademischen Musikverein ins Leben rief und den evangelischen Kirchenchor dirigierte. Mehr als ein Menschenalter hat er mit unvergleichlichem Erfolge in diesen Stellungen gewirkt; seiner unermüdlichen und zielsicheren Tätigkeit ist es zu danken, daß die reizende Musenstadt am Neckar heute zu den ersten Musikstädten Deutschlands zählt. Wiederholt fanden große und eindrucksvolle Musikversammlungen und Tonkünstlerfeste unter seiner Leitung in Heidelberg statt. 1891 hatte W. mit einer vertrauten Arbeit über die Entstehung und Entwicklung des evangelischen Kirchenliedes" in Leipzig die philosophische Doktorwürde erworben, bald darauf wurde er zum a. o. Prof. in der Theologischen und 1899 zum ord. Honorarprofessor für Musikwissenschaft in der Philosophischen Fakultät der Heidelberger Universität ernannt; 1910 erhielt er die Würde eines Ehrendoktors der Theologie. Als Komponist ist W. hauptsächlich mit Orgel- und Kammermusikwerken, aber auch mit Chorkompositionen, Liedern und Klavierfaden hervorgetreten. Im Jahre 1917 schied der ausgezeichnete Künstler zum großen Bedauern der Heidelberger Musikfreunde wegen andauernder Kränklichkeit aus seinen Aemtern und zog sich nach der Schweiz zurück.

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

Roman von Carl Busse.

Kein Zweifel, daß der Zigarrenhändler dahinter steckte. Es war der alte Fuchs ihn nur wegen etwaiger Rechtsfragen fester an sich binden? Oder hatte er noch weitere Pläne, in denen Ju, die schöne Tochter, eine Rolle spielte? Ja, stand etwa gar Ju selbst hinter dieser Einladung?

Er wehrte dem Verdacht, doch die ganze Sache verdroß ihn so, daß er heut' nicht, wie er sich's eigentlich vorgenommen hatte, in die Zietenstraße einbog. Für den andern Tag jedoch berief ihn wieder ein Zettel von Ju: „Bitte ihn dringend zu sprechen. Er möchte doch ja kommen."

Und als er kam, sagte sie hastig, fast ohne seinen Gruß zu erwarten: „Du hast wohl die Einladung bekommen — — Bitte, geh nicht! Sag ab! Das ist mir ja so peinlich."

Er stutzte. Nichts hätte ihn mehr verblüffen können. Wie denn kam die Freude über ihn: er hatte ihr unrecht getan. Und gleichsam als Abbitte flüsterte er ihr hundert Worte an und drückte verstohlen ihre Hände und nahm eine Nelke aus dem Knopfloch, um sie sich anzustecken. Sie verstrich auch alles. Ob er die Einladung ihrem Vater zu verdanken hätte? Dann wolle er am besten mündlich absagen und sich entschuldigen.

Heimlich fragte er sich: Warum wünscht sie mich fern? Fürchtet sie, daß ich abgeschreckt werden könnte?

Ju antwortete auf eine scherzhaft gestellte Frage nur: „Kann mich da nicht so verstellen. Es wäre mir sehr lieb."

Er bedankte er sich also tags darauf im Laden bei dem Fischer sehr für die Einladung. Leider sei er bereits — gerade am diesem Sonnabend.

Das tat dem Zigarrenhändler bitter leid. Aber verschieben ließe sich die Feier nicht.

Wer war seliger als Peter? Er versicherte noch einmal, daß er sonst mit großem Vergnügen gekommen wäre, und drückte Herrn Fischer die Hand. Aber lange sollte er sich nicht seines Ausweichens freuen dürfen. Da Donnerstag und Freitag Regenwetter war, so verschob der Kegelklub „Mußja" sein Vergnügen und benachrichtigte den Herrn Referendar, daß er nun — acht Tage später — bestimmt hoffe, die Ehre seiner Teilnahme zu haben.

Peter flughte nicht schlecht. Er erinnerte sich, daß er leichtsinnigerweise dem alten Fischer gesagt hatte: „Ja, 'ne Woche später — da wär' es wohl gegangen!"

„Kismet!" dachte er. „Jetzt muß ich 'ran!"

Und schließlich: vielleicht war es gut. Er lernte Ju in einem größeren Kreise in ihrer Umgebung, in ihrem sozialen Milieu kennen! Dachte er wirklich ans Heiraten, so war diese Kenntnis jedenfalls von nöten. Und gerade, weil sie ihn fast flehentlich gebeten hatte, fernzubleiben, wurde er neugierig. Er glaubte nicht an ihren Einwand, daß sie sich schlecht verstellen könne. Ihm fiel ein, mit welcher Geistesgegenwart sie damals die Verbindungstür zum Laden geschlossen hatte.

Nein, da saß noch ein tieferer Grund. Den wollte er herausholen.

Ju sagte nichts mehr. Als sie hörte, daß er die neuerliche Einladung annehmen müsse, nickte sie nur. Sie war still, gedrückt und sah, als sie allein war, starr geradeaus, wie in weite Zukunftsfernen, die sich ihr entschleierten.

Elftes Kapitel.

Vor dem Gasthaus in Barkow standen zwei Kremser. In diesen Kremsern, die mit Fähnchen und Schildern geschmückt waren, hatte der Kegelklub „Mußja" seine Ausfahrt angetreten. Sie war programmäßig um 4 Uhr nachmittags erfolgt.

Peter Körner war ein paar Stunden später zu Fuß durch den wundervollen Abend nach dem Dörfchen hinausgewandert. Gegen Acht kam er an.

Als er in den ausgedehnten Restaurationsgarten trat, der gleichzeitig auch Blumen-, Obst- und Gemüsegarten war, hörte er schon von weitem eine laute, ein wenig krächzende Stimme, die immer von neuem siegreich über Gekicher, Murmeln und Zwischenrufe triumphierte.

„. . . und deshalb, meine Herren und Damen, weil jeder von uns am Sonnabend kommen muß, heißt unser Klub „Mußja", was eine Erfindung ist von unserm lieben Kegelbruder Wilhelm Frentz. Ich hab' immer gesagt: der dicke Willem kann noch was anders als Schweineschlachten!"

„Ehe ich nun weitergehe auf die statistische Wissenschaft des verflossenen Jahres, muß ich 'mal erst einen Schluck nehmen."

„Prost Willem!" rief's von allen Seiten.

„Optime," krächzte die Stimme und erhob sich wie eine flügelschlagende Krähe über die Häupter, — „zu Deutsch: sehr gut. Nach der statistischen Wissenschaft ist Kegelkönig für dieses Jahr Herr Wilhelm Zühlke vom humanistischen Gymnasium, das heißt: ich selber, weil ich die meisten Neunen geschoben habe. Ich ernenne mich also zum König — rex nennen wir Lateiner das — und deforiere mich mit dem Kegelorden."

„Vivat hoch!" piepste eine Mädchenstimme, und Zühlke senior, Zühlke vom humanistischen Gymnasium, verneigte sich.

„Vizekönig ist, weil er nach mir die meisten Neunen holte, mein alter Freund Paul Fischer. Ich weihe ihm den königlichen Bruderkuß. Erster Ritter aber wird Herr Josef Schramke in Firma Otto Schramke Sohn . . ."

Peter Körner, der hinter einem Rondell stehen geblieben war, mußte lachen. Die „statistische Wissenschaft" ging bis zum „letzten Sieger" und zum „Rotenkönig" hinunter, worauf Zühlke ein „Vivat, crescat, floreat" auf den Kegelklub „Mußja" ausbrachte, in das alles jubelnd einstimmte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905161-10/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Während der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Gesellschafts-Abschlüsse

* **Hallische Pfännerschaft, A.-G.** Zu Beginn des verflossenen Geschäftsjahres ließ sich die Förderung recht gut an, so daß nach den ersten Monaten eine Dividende von 10 Prozent bei Abschreibung von 1 000 000 Mark in Aussicht gestanden hätte. Die Novemberereignisse haben diese Berechnung über den Haufen geworfen, und wie bei der gesamten Industrie, so auch bei der Pfännerschaft erheblichen Rückgang gebracht, so daß das Erträgnis nur die Ausschüttung einer Dividende von 5 Prozent zuläßt. Auch die geplante Kapitalserhöhung von 5 000 000 Mk., für die bereits ein günstiges Angebot von Banken vorlag, konnte nicht durchgeführt werden. — In der gestrigen Generalversammlung wurde der Rechnungsabschluß für das Geschäftsjahr vorgelegt und genehmigt. Zur Berichtsjahr wurde ein Rohgewinn von 1 458 754,93 Mk. erzielt, aus dem nach Abzug der Abschreibungen eine sofort zahlbare Dividende von 5 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahre ausgeschüttet wird. Nach Erledigung der Regularien wurde das nach dem Turnus ausscheidende Mitglied des Aufsichtsrates, Herr Gutsbesitzer Hermann Dryander-Zabitz, wiedergewählt. Herr Generaldirektor Zell ging dann noch im einzelnen auf den Verlauf des vergangenen Geschäftsjahres ein. Auf allen Werken habe man zunächst eine gesteigerte Förderung zu verzeichnen gehabt und die Aussichten waren recht befriedigend, obwohl Lohnzulagen gegeben waren, die durch die geringen Preiserhöhungen des Vorjahres nicht ausgeglichen wurden. In der Flotherzeugung konnte man eine starke Zunahme erreichen. Unter Ausnutzung der Konjunktur wurde die Konservenzigsproduktion aufgenommen als ein gute Erfolge versprechender Zweig. In Passendorf wurde die Ziegelei 2, die auf Feinware eingerichtet ist, in Betrieb gesetzt und die Tonstoffabrikation eingeführt, um die Nachfrage nach Konzerviergefäßen auszunützen. Die günstigen Verhältnisse änderten sich von Grund auf durch die Novemberereignisse. Gewaltige Lohnzulagen mußten gezahlt werden und zu den ungeheuren gesetzlichen Lasten, die dadurch entstanden, gesellte sich noch etwas Schlimmeres, die Arbeitsunlust. Die Regierung hat zwar zwei Preiserhöhungen in einem Ausmaße, wie man sie früher nicht kannte, zugestanden, nämlich je 100 Mark für den Doppelwaggon, aber die erste Preiserhöhung trat erst am 1. Januar in Kraft, hatte also keine Wirkung auf die Monate November und Dezember, die einen außerordentlichen Förderungsrückgang bei enormer Betriebsverteuerung gebracht haben. Zurzeit liegen die Verhältnisse noch dadurch schwierig, daß das Unternehmen, wie durchschnittlich alle Braunkohlengesellschaften, mit seinen Abnehmerbahnen stark im Rückgange ist und erst in einigen Monaten wieder mit seiner Förderung in ein günstigeres Feld kommt. So sehr die Preiserhöhungen richtig waren — sie schafften noch längst keinen Ausgleich für die Verteuerung der Produktion —, so ist doch nicht zu verkennen, daß sie volkswirtschaftlich zu beklagen sind, denn durch die Verteuerung der Kohle wird auch die Erzeugung unserer Industrie notwendig verteuert und sie verliert immer mehr ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland. Besserung ist allein davon zu erwarten, daß die Arbeiterschaft wieder zu der normalen Leistungsfähigkeit zurückkehrt. Sonst bleiben die schweren Gefahren für unseren Braunkohlenbergbau bestehen. Auf eine Anfrage eines Aktionärs, wie weit denn die Sozialisierung gediehen sei, führte Herr Generaldirektor Zell aus, daß man bereits mitten in der Sozialisierung stehe; die Betriebsräte seien eingesetzt worden und dadurch ein gewisser Rechtszustand geschaffen. Die Rechte der Betriebsräte seien von der Regierung in der Weise begrenzt, daß sie in die Betriebsleitung nicht hineinzureden hätten. Weiter sei die Bildung eines Kohlenbergbauverbandes angeordnet worden, die Gründung von Bezirkssyndikaten usw. Für die Niederlausitz bestehe bereits von früher her ein Syndikat, für Mitteldeutschland müsse es neu geschaffen werden und das solle geschehen bis zum 15. Juni. Schwierigkeiten für den Braunkohlenbergbau könnten sich in der Weise ergeben, daß im Reichskohlenverband die Steinkohlen- und Braunkohlenverbandes oft auseinanderfallen, eine Benachteiligung des Braunkohlenbergbaus entstehe. Um hier einen Ausgleich zu finden, schweben gegenwärtig Verhandlungen. Die Aussichten sind nach Angabe der Verwaltung angesichts der geschilderten Zustände recht trübe.

Bergwerksgesellschaft Hermann in Düsseldorf. Der Jahresabschluß ergibt 1 496 850 M. Verlust gegen 1 890 686 M. Ueberschuß im Vorjahre. Die geplante Zubuße von 9 Millionen Mark soll zur Deckung der seit der Revolution entstandenen Verluste und Aufbringung neuer Betriebsmittel dienen.

Dividendenvorschläge. Die A.-G. Weser in Bremen schlägt eine Dividende von 10 Prozent vor. Die Maschinenfabrik Amme, Giesecke und Konegen in Braunschweig schlägt eine Dividende von 15 Proz (10 Proz.) vor.

Berliner Börsenberichte

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	87,75
Halle-Reideder	—
Schantungbahn	128,25
Allg. Lokal-Str.	120,25
Gr. Berl. Str.	122,5
Magdeburger Str.-B.	160 —
Unx. Prins Heinrich.-B.	190 —
Orientbahn	—,
Schiffahrts-Akt.:	
Hambg. Paketfahrt	91,50
Hambg.-Südamerika	145,50
Hansa-Dampfschiff	150 —
Nordd. Lloyd	93 —
Banken:	
Bank für Thür.	— —
Berl. Handelsges.	145,25
Comm u. Diskontobank	123 —
Darmstädter Bank	115 —
Dess. Landesbank	111 —
Deutsche Bank	207 —
Diskonto-Comm.	165 —
Dresdner Bank	139,50
Credit-Anst. Leipzig	145,50
Mitteld. Kreditbank	114,50
Pfälzische Privat-Bank	112 —
Nationalbank	— —
Oesterr. Kredit	— —
Reichsbank	157 —
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	240 —
Akt. f. Anilin	260 —
Allgem. Elektr.-Ges.	165,50
Ammendorfer Papierf.	— —
Anhalter Kohlenw.	160 —
Annaberger Steingut	156 —
Badische Anilin	291,75
Bergmann Elektr.-Akt.	146 —
Berl. Masch.-Bau	197 —
Bismarckhütte	170 —
Bochum. Gußstahl	116,25
Chem. Fabrik Buckau	101 —
Chem. Grieshelm	188 —
Chem. v. Heyden	96 —
Consolidation Schalke	200 —
Crölwitzer Papierfabr.	— —
Daimler-Motoren	92 —
Deutsch-Luxemburg	129,75
Deutsche Ueberseee-El.	207,75
Deutsche Erdöl	162 —
Deutsche Gasglühl.	203 —
Deutsche Atl	102,50
Deutsche Waff. u. Mun.	220,50
Donnersmarckhütte	100 —
Döring u. Lehrmann	92,75
Dynamowerke	202 —
Elberfelder Farben	250 —
Felten u. Guilleaume	157,25

Gasmotoren Deutz	112 —
Gebhardt u. Co.	255,50
Gebhardt u. König	— —
Gelsenkirch. Bergb.	165 —
Glanziger Zuckerfbr.	290 —
Hallesche Masch.-Fabr.	— —
Hann. Masch.	277 —
Harpener Berg	140,25
Hasper Eisen u. Stahl	126,25
Hirsch Kupfer	194 —
Höchster Farbw.	291 —
Hoesch Eisen u. Stahl	129,50
Hohenlohe-Werke	102 —
Humboldt-Masch.	159,25
Ilse-Bergbau	260 —
Kahla-Porzellan	270 —
Kaliw. Aschersleben	158 —
Körbisd. Zucker-Akt.	235 —
Kyffhäuserhütte	— —
Lahmeyer u. Co.	151,50
Laurahütte	137 —
Linke u. Hofmann	145 —
Ludwig Loewe u. Co.	239 —
Lothringer Hütte	235 —
Mannesmannröhren	147,50
Oberschl. Eisenb.-Bed.	157 —
do. Caro Heg.	139,25
do. Kokewerke	185 —
Orenstein u. Koppel	154,75
Phönix-Bergb.	167 —
Rhein. Metall-Vorz.	190 —
Rhein Stahlwerken	152,¼
Riebeck. Montan	165 —
Rombacher Hütten	151 —
Rositzer Bergbau	— —
Rositzer Zucker	183,50
Sangerhäuser Masch.	— —
Hugo Schneider u. Co.	160,75
Schuckert u. Co.	119,¾
Siemens u. Halske	151,¾
Stettiner Vulkan	144,75
Stollberger Zinkh.	112,50
Strals. Spielkarten	— —
Thale-Eisenhütte	204,75
Triptis-Akt.-Ges.	108 —
Türkische Tabakregie	— —
Ver. Köln-Rottweiler	186,50
Glanzstoff Elberf.	420 —
Wegelin u. Hübner	— —
Westf.-Wellsenf. Brk.	— —
Westeregeln-Alkali	97,¾
Wittener Gußstahl	102,¼
Wrede-Hülsenei	190 —
Zeitz-Krieblitzch. Brk.	— —
Zeitzer Masch.	275,50
Zeitzer Walzhof	182 —
Otavi-Minen	120,50

Börsenstimmungsbild. An der Börse schien sich anfangs die gestrige Festigkeit heute fortzusetzen. Besonders Schiffahrtsaktien setzten durchweg besser ein. Auch Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, die meisten Elektrizitätsaktien, Köln-Rottweiler und Hirsch-Kupfer stellten sich namhaft höher. Lombarden wurden lebhaft gehandelt und stiegen verhältnismäßig ziemlich beträchtlich. Prinz Heinrich-Bahn setzten ihre Aufwärtsbewegung fort. Im späteren Verlaufe war die Stimmung allgemein hochgradig lustlos bei leichtem Nachgeben der Kurse. Umgekehrt wie am vorhergehenden Tage verkehrten am Montanmarkte rheinisch-westfälische Werte in fester Haltung, während oberschlesische Nachgiebigkeit zeigten. Bemerkenswert besser waren einige ausländische Aktien und Staaten Romana. Im Anlagemarkt waren deutsche Anleihen weiter abgeschwächt; Kriegsanleihe 7½%. Oesterreichische fest, ungarische schwach. Die Börse schloß allgemein abgeschwächt. Die Kursbewegung in den nur zu Einheitskursen gehandelten Industriewerten wies große Unregelmäßigkeiten auf.

Produktenbericht. Der allgemeine Wunsch nach Regen ist noch nicht erfüllt worden; doch sind auch Klagen über zu große Trockenheit noch nicht laut geworden. In Mühen ist noch manches angeboten und getragt. Raufutter bleibt knapp. An Stroh mangelt es fast völlig, so daß sich die Nachfrage für Ersatzmittel, wie Hülsenfrucht-, Mais- und Senfstroh, stetig mehrt. Das Angebot in diesen Artikeln geht infolgedessen schlank ab. Von Sackgetreide sind Hafer und Gerste noch vereinzelt unterzubringen. Serradella ist für den Westen noch teilweise begehrt.

Vom Büchertisch

„Für's Vaterland"

Man hat den Krieg nicht mit Unrecht den großen Umwerter genannt. Er hat in unserem äußeren Leben Wandlungen und Umwertungen vollzogen, die wir früher für unmöglich gehalten hätten, er hat uns mannigfache Entbehrungen und Einschränkungen auferlegt. In fast jedem deutschen Hause hat er Lücken gerissen. Wo vordem Glück und Zufriedenheit herrschten, zogen Trauer und Verzweiflung ein. Aber er hat auch die Menschen innerlich gewandelt. Nicht nur die draußen standen, an denen daraus großes Erleben der blutigen, aber stolzen Kämpfe nicht spurlos vorübergehen konnte. Auch die Heimat, die ja durch irgendein Familienglied mit unseren Helden unmittelbar verbunden war, fühlte und erlebte mit. Als dann der Krieg noch immer kein Ende nahm und immer mehr Opfer forderte, da tauchten freilich in manchen Herzen Zweifel auf. Zweifel an Gott, der dem deutschen Volke so schwere Prüfungen auferlegte, aber auch Zweifel an den Mitmenschen, die da kein Verständnis für die ernste Zeit hatten, nur ihren Vorteil suchten und vergessen, daß sie ein deutsches Vaterland besaßen. Und so ist denn auch der Krieg für diese eine Läuterung und Bewährung geworden, hat in ihnen den Glauben an Gott, die heilige Liebe zum Vaterlande neu erstehen lassen und gefestigt.

Der Krieg mit seiner Umwertung der äußeren Lebensbedingungen, mit seinen seelischen Zweifeln und Kämpfen, die er in den Menschen auslöste, ist der Inhalt eines Romans „Für's Vaterland" von Anna Grad, der soeben im Verlage von Otto Thiele, Halle a. S., erschienen ist. Er führt uns kurz vor Kriegsausbruch in ein märkisches Pfarrdorf. Pastor Zimmermann lebt mit seiner Gattin in Glück und Zufriedenheit, von seiner Gemeinde geliebt und geachtet. Der älteste Sohn Ernst ist ein strebsamer Jurist mit den glänzendsten Aussichten für die Zukunft, der zweite Sohn Oswald ein frischer, lebensfrischer Leutnant. Die einzige Tochter Irmgard ist mit einem Oberleutnant verlobt, während der jüngste Sohn Heinrich noch das Gymnasium besucht. Mit rauher, vernichtender Hand greift der Krieg in dieses traute Familienleben ein. Ernst fällt, Oswald fehlt von einer Patrouille, die er freiwillig übernommen hat, nicht zurück und wird als vermißt gemeldet. Irmgards Gatte — sie hat sich irgendwo trauen lassen — erhält einen schweren Rückenschuß, der ihn lange Zeit auf das Krankenlager wirft. Trotz aufopfernder Pflege seiner Gattin kann er nicht wieder genesen und stirbt schließlich. Pastor Zimmermann kann sich in die neuen Zeitverhältnisse nicht finden. Er wird schwankend in seinem Glauben an Gott und die Menschheit; für ihn bedeutet der Tod eine Erlösung. Ihm fester Glauben an ihren Gott erträgt Frau Zimmermann alle die schweren Schicksalsschläge. Ungebeugt, trotz des Leides, bleibt auch Irmgard. Sie macht nicht Gott für das Unglück verantwortlich, sondern die Menschen selbst, die nicht den wahren, tiefen Glauben besitzen. Mit flammender Begeisterung ist der jüngste Sohn von der Schulbank als Kriegsfreiwilliger hinausgezogen. Ernst und verschlossen kehrt er bei seinem Urlaub in die Heimat zurück. Von Idealen will er nichts wissen. Bis er sich unter dem mütterlichen Einflusse wiederfindet. Als ein anderer geht er wieder an die Front, um dann als Offizier seinem Vaterlande in treuer Pflichterfüllung zu dienen.

Eine starke Liebe zum Vaterlande spricht aus dem Buche; Liebe zum Vaterlande will es wecken und erhalten.

*) Preis 3,60 Mk.

*

Im Maiheft der „Deutschen Rundschau" (herausgegeben von Dr. Rudolf Pechel, Verlag Gebrüder Paetel [Dr. Georg Paetel], Berlin) veröffentlicht L. Raschau unter dem Titel „Aus der Werkstatt des ersten deutschen Kanzlers" sehr interessante neue Schriftstücke aus der amtlichen Tätigkeit des Fürsten Bismarck. Ein Aufsatz von Friedrich Meinecke behandelt „Die geschichtlichen Ursachen der deutschen Revolution". Mit den Grundlagen des Bolschewismus beschäftigt sich ein hervorragend sachkundiger Beitrag „Ex oriente lux" von Paul von Sokolowski. Eine wertvolle Ergänzung dazu bietet Hermann von Rosens politische Betrachtungen über „Wilsonismus und Bolschewismus". Eine Abhandlung über „Leonardo da Vinci" bringt Woldemar von Seidlitz zum 400. Todestage des Meisters. Unbekanntes aus „Bodenstedts Leben" teilt Karl Engelmann mit unveröffentlichten Briefen aus den Jahren 1847/1849 mit. J. v. Uexküll bietet in anschaulicher, allgemein verständlicher Darstellung eine neue Reihe „Biologischer Briefe an eine Dame". Der Essay Harry Maynes über „Detlev von Liliencron" wird fortgesetzt. Die Novelle „Ein wunderliches Geisenspiel des Wolfgang Amadeus von Josef Friedrich Perkonig gibt Zeugnis von der Dichtung der Gegenwart. Ueber „Meiner Musiklehre" berichtet Carl Krebs. In der Literarischen Rundschau bespricht Richard Hetz das Werk Stier-Somlos „Die Verfassungsurkunde der Vereinigten Staaten von Deutschland". Ein Verzeichnis der Neuigkeiten vom Büchermarkte bildet den Schluß des inhaltreichen Heftes.

„Der Bürger als Edelmann" von Molière. Musik von Rich. Strauß. Vollständiger Klavierauszug von Otto Singer. Verlag von Adolf Fürstner in Berlin. Preis 12 Mk.

Unser Halleisches Stadttheater war bekanntlich nach dem „Deutschen Theater" in Berlin die erste Bühne, die Molières Komödie mit der Musik von Rich. Strauß herausbrachte. Den Verehrern der Straußschen Tonkunst ist willkommene Gelegenheit geboten, das Werk genau kennen zu lernen und zu studieren, da der Verlag Fürstner einen Klavierauszug mit deutschem Text hat erscheinen lassen. Die Einrichtung ist von Otto Singer mit bewährtem Geschick getroffen. Der Ueberblick über des Stimmengewebe der Partitur bleibt gut gewahrt, ohne die Spielbarkeit zu beeinträchtigen. Die Couranze in Kanonform ist praktischerweise für zwei Spieler gesetzt. Die äußere Ausstattung des stattlichen Bandes nimmt sich sehr gediegen aus, und verrät nirgends erzwungene Kriegssparsamkeit. Dr. W. K.

Bekanntmachung.

Nr. F. R. 550/4. 19. K. R. A.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die wirtschaftliche Demobilmachung vom 7. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1292) und auf Grund des Erlasses des Rates der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 12. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1304) wird folgendes angeordnet:

Artikel I.

In der Bekanntmachung Nr. Q 1/6. 17. K. R. A. vom 25. September 1917, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Korkholz, Korkabfällen und daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen, tritt in

§ 8 Absatz 2,
4 Satz 2,
§ 5 Ziffer 1,
§ 6, Absatz 1, Satz 1 und 3,
§ 7
und § 8 Absatz 1 und Absatz 2, Satz 3

an die Stelle des Königlich Preußischen Kriegsministeriums und der „Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums" das „Reichswirtschaftsministerium in Berlin"

und in

§ 5 Ziffer 2, Satz 1 und 2,
§ 13 Absatz 2,
und § 16

an die Stelle der „Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft (Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1)", und des Königlich Preußischen Kriegsministeriums, Kriegsrohstoff-Abteilung, Sektion Q" die „Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Budapester Straße 1".

Artikel II.

In der Nachtragsbekanntmachung Nr. Q 1/6. 17. K. R. A. vom 18. Mai 1918, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Korkholz, Korkabfällen und daraus hergestellten Halb- und Fertigerzeugnissen, tritt in

Artikel I § 5 Ziffer 3, Absatz 1, Satz 1, und
Absatz 2, Satz 2 und 3

an die Stelle der „Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums" und der „Kriegsrohstoff-Abteilung" das „Reichswirtschaftsministerium in Berlin"

und in

Artikel V § 11

an die Stelle der „Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft Berlin W. 50, Nürnberger Platz 1" die „Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Budapester Straße 1".

Artikel III.

In der Bekanntmachung Q. 2/6. 17. K. R. A. vom 25. September 1917, betreffend Höchstpreise für Korkabfälle und Korkerzeugnisse, tritt in

§ 5

an die Stelle des „zuständigen Militärbefehlshabers" das „Reichswirtschaftsministerium in Berlin",

und in

§ 6

an die Stelle der „Kriegsrohstoff-Abteilung des Königlich Preußischen Kriegsministeriums, Sektion Q in Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 10" die „Korkwirtschaftsstelle des Reichswirtschaftsministeriums in Berlin, Budapester Straße 1".

Artikel IV.

Diese Bekanntmachung tritt am 30. April 1919 in Kraft.

Berlin, den 30. April 1919.

Reichsministerium für wirtschaftliche Demobilmachung.
Im Auftrage: Wolffhügel.

Gewinn-Auszug
der
13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie
8. Klasse 7. Ziehungstag 14. Mai 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 15000 M 77684
2 Gewinne zu 10000 M 104249
2 Gewinne zu 5000 M 11754
54 Gewinne zu 3000 M 934 14471 18198 18785 22164 28003 [illegible]
47032 60634 61637 63340 72735 93690 109761 110518 120386 [illegible]
144588 146237 162474 187580 188960 190555 181239 166341 [illegible]
178109 181568 204926 209307 229942 232013
188 Gewinne zu 1000 M 1643 8914 8188 7692 9705 11713 13[illegible]
21314 21477 23398 28182 29317 31740 35247 40485 42877 43298 [illegible]
49448 61094 66639 73249 75619 76230 76469 76617 79166 80813 [illegible]
83767 85633 89217 89820 91304 93385 95191 97408 98902 102078 [illegible]
110649 111009 113883 116123 117189 123151 123520 123755 [illegible]
128046 128410 129415 132868 137458 143507 145644 146219 [illegible]
153913 157424 158518 159726 160700 164438 165090 17[illegible]
173278 174363 178544 179397 179578 183583 184583 189071 [illegible]
190358 205549 209642 210997 215323 225509 226042 226592
243 Gewinne zu 500 M 559 643 4674 4850 5976 6721 7366 [illegible]
10546 11487 16044 18363 19858 23290 23389 23428 24725 26137 [illegible]
31881 34715 34923 35437 38215 37513 39294 41059 46739 49489 [illegible]
66030 67375 68141 69535 69871 61742 63991 64786 65525 65387 [illegible]
69235 70816 72254 73343 77941 78369 79121 82775 84689 85733 [illegible]
88578 88767 92469 94742 94881 96896 97588 101545 102488 [illegible]
104396 104471 105998 107264 115012 117108 117217 126873 [illegible]
130221 133372 133745 136226 137320 137401 140278 140095 [illegible]
143758 146472 147652 146471 150488 152057 160382 161983 [illegible]
165691 167124 173361 175322 178257 180341 185209 185244 [illegible]
193803 196335 197043 197258 199829 200148 204117 205838 [illegible]
210517 213406 215323 216930 217171 217346 218133 221436 [illegible]
227533 228459 229964 230128 233784

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 20000 M 80987
4 Gewinne zu 10000 M 74745 106750
2 Gewinne zu 5000 M 11400 77091 81648 88543 133384 [illegible]
150600 163729 202653
70 Gewinne zu 3000 M 4845 21824 23083 50449 61133 [illegible]
87331 106456 101055 119952 120749 127353 131710 141770 145953 [illegible]
156995 159850 169606 172118 179838 181850 185355 191188 [illegible]
205079 206344 207622 210009 212011 213615 214754 217831 [illegible]
229017
134 Gewinne zu 1000 M 906 1210 9403 15157 20814 21748 [illegible]
24021 24933 30392 32935 36451 37694 45599 43851 49878 50203 [illegible]
53935 57524 63389 69043 69787 76401 78005 91468 93938 96387 [illegible]
103985 113901 115190 117891 119240 119553 119759 123097 [illegible]
126918 127587 128276 131407 139233 152322 153842 [illegible]
166122 167372 171812 173207 183919 184200 186434 191751 [illegible]
194616 199802 200312 204783 205057 212097 218408 [illegible]
228597 232399
194 Gewinne zu 500 M 1717 3196 7387 8842 9342 12293 [illegible]
11487 15406 18353 21828 23407 26860 26737 26921 27924 [illegible]
42010 45004 44023 45033 47068 48334 54230 54526 55327 [illegible]
63139 63641 66948 71517 71959 72829 73658 80357 82795 [illegible]
88317 88851 95044 96567 97248 118857 119458 122751 [illegible]
137324 130835 132013 137148 137286 137644 138727 [illegible]
148179 149548 150448 158835 161292 162601 164514 [illegible]
167791 168841 169836 174838 179116 179421 181948 [illegible]
189996 189891 195114 200721 203498 206601 208431 [illegible]
217128 213857 218764 214269 219576 222218 226427 [illegible]
228268 229836

Verantwortlich: Helmut Pötsch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905161-10/fragment/page=0004